Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 135 | Dresden, Dienstag den 15. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Die Unabhängigkeit der Presse

II.

Gegen jeden einschneidenden wirtschafts- oder kulturpolitischen Reformvorschlag wird der Einwand erhoben: das ist ein Experiment, da übersehen wir nicht die Folgen, solche Experimente sind zu gefährlich. Hinter dem Einwand steckt die Meinung: wenn wir **nichts** tun, dann ist das kein „Experiment". Das ist Aberglaube! Das Nichtstun ist ebenso folgenschwer und gefährlich wie der planmäßige Eingriff. Als vor einem Jahr einmal die Sozialisierung der Presse erörtert wurde, hieß es überall: darauf können wir uns nicht einlassen, die Folgen wären unübersehbar. Man tat also nichts. Die Folgen des Nichtstuns aber **waren** übersehbar! Nicht nur einige weitblickende Sozialisten haben sie gesehen, sondern auch Herr Stinnes! Ihm konnte nichts gelegener kommen, als daß die Regierung den Kopf in den Sand steckte, um so besser konnte er ans „Experimentieren" gehen. Sein Experiment haben wir jetzt in der Form der Stinnesion der Presse vor uns. Soll es so weitergehen? Nein. Wir müssen einsehen, daß die Experimentierfurcht in den alten Obrigkeitsstaat gehört, in die Zeit, als wir nur für unsre Taten, aber nicht für die Unterlassungen der Regierung verantwortlich waren. Heute kann es ein viel schwererer Fehler sein, gar nichts versucht, als ein halbgeglücktes Experiment gewagt zu haben. Wir müssen auch zwischen Experiment und Experiment unterscheiden lernen. Am gewagtesten sind vielleicht Experimente, die recht „vorsichtig" aussehen, aber tatsächlich unübersehbar sind. Man denke an das Inseratenmonopol. Dieser Eingriff sieht so aus, als ob er weniger gefährlich wäre als ein vollständiger Neuaufbau des Zeitungswesens. Viele mögen das glauben. Aber vielleicht irren sie darin. Ein baufälliges Gebäude soll erneuert und befestigt werden. Zwei Pläne liegen vor. Plan A: Man ersetze die Pfeiler des Mittelbaues durch neue und stütze die Seitenflügel durch Betoneisenkonstruktionen. Kosten 1 000 000 M. Plan B: Man erneuere das Fundament des ganzen Schlosses und erneuere, von unten nach oben aufschreitend, Pfeiler und Mauerwerk im ganzen. Kosten 3 000 000 M. Es wird nach Plan A verfahren. Bei der Erneuerung der Mittelhaupfeiler zeigt sich, daß der Druck von den Flügeln auf das Mittelgewölbe infolge Verfalles stärker war, als angenommen wurde. Hierauf wird eine Stützkonstruktion gegen diesen Druck eingebaut und die Pfeiler der Mitte können nun ersetzt werden. Mehrkosten 500 000 M. Nach Fertigstellung des Mittelbaues zeigt sich, daß die baufälligen Seitenflügel keinen Raum mehr haben für die Schwankungen bei Stürmen, das Ganze kracht in allen Fugen. Der Plan mit dem Betoneisen genügt nicht mehr. Man muß die Seitenflügel von Grund auf erneuern. Mehrkosten 1 000 000 M. Nun ist der ästhetische Gesamteindruck gestört. Auch der Mittelbau muß erneuert werden, der teure und gewagte Pfeilerersatz wäre überflüssig gewesen. Mehrkosten 1 000 000 M. Gesamtkosten des Planes A: 3 500 000 M. — 500 000 M. mehr als bei Plan B. Mehrdauer des Umbaues: drei Jahre. Unendlicher Aerger. **Im Anfang aber sah Plan A weniger gewagt und weniger folgenschwer aus als Plan B** und das hatte den Ausschlag gegeben! Ein sozialpolitisch-wirtschaftliches „Experiment" ist unter Umständen dann weniger gewagt und weniger gefährlich, wenn es umfassend ist, so daß man das **ganze** betreffende Gebiet mit **einem** Plan umspannt, als wenn es Teilmaßnahmen enthält, die dann Jahrzehnte hindurch immer neue Beratungen, neue Teilmaßnahmen, Rückschläge und Aerger nach sich ziehen. Vielleicht ist es so mit der Presse.

Mit der Aufgabe, die **Presse im ganzen** in einen der Demokratie würdigen Zustand zu überführen, hat sich bisher am eingehendsten Genosse Wolfgang Schumann befaßt (vgl. seine Schrift „Reform und Sozialisierung der Tagespresse", Callwey, München 1919). Er nimmt gleichzeitig und mit einem Plan die rein wirtschaftliche, die moralpolitische **und** die machtpolitische Seite der Sache in Angriff. Seine Schrift bringt einen erläuterten kurzen Vorschlag zu einem umfassenden Pressegesetz. Sein Ziel ist in erster Linie, daß jegliche wirtschaftliche, privatkapitalistische Macht, jegliche Unternehmermacht über die politische, kulturpolitische und sonstige Haltung der Presse ausgeschaltet werde, ferner: daß die höchste wirtschaftliche Rationalisierung sämtlicher Zeitungsunternehmungen ermöglicht werde (von denen viele jetzt Muster von Unwirtschaftlichkeit sind), ferner: daß ein weitgehender Ausgleich der zeitungstechnischen Konkurrenzbedingungen, soweit diese privatwirtschaftlichen Ursprungs sind, stattfinde. Diese Aufgaben schlägt er vor, zu lösen durch Bildung eines das ganze Reich und seine gesamte Tagespresse umfassenden, gesetzlich geordneten „Trusts". Die gesamte Bewirtschaftung der Presse wäre danach an **eine** neuzubildende, rein wirtschaftlich operierende, zentrale Verwaltungsstelle zu übergeben, die in beliebiger Weise unter öffentliche Aufsicht gestellt werden könnte. Die Verwaltung selbst könnte natürlich landschaft- oder freistaatweise erfolgen, während die letzten Entscheidungen und Abrechnungen einer Zentralstelle vorbehalten blieben. Die Pressevermaltung hätte dann ihrerseits vor allem die Aufgaben der Rationalisierung und des Ausgleichs. „Rationalisierung": vor allem technische und organisatorische Verbilligung und Vereinfachung. Mit dem Wort „Ausgleich" ist gemeint, daß die privatkapitalistischen Werbemittel einzelner Zeitungsunternehmen, die ihnen heute einen unermeßlichen „Vorsprung" vor ärmeren Blättern gewähren, **allen** Zeitungen innerhalb gewisser räumlicher und sachlicher Grenzen annähernd gleichmäßig zugeteilt werden müßten, also z. B. Papier für das Hauptblatt und zu Sonderbeilagen, Mittel für Illustrationen für Romane, für Gehälter und Honorare, druckfertige Einrichtungen, telegraphische Nachrichten (die in bestimmtem Umfang zu zentralisieren wären) u. a. m. Festzulegen wäre, daß diese verwaltende Tätigkeit lediglich wirtschaftlichen Charakter hätte. Denn das zweite große Ziel der Pressegesetzgebung wäre: weitestgehende Verselbständigung derjenigen, die den Text der Zeitungen wirklich herstellen und damit deren politische und geistige Haltung bestimmen, also in erster Linie der Redakteure. Sie sind von jedem wirtschaftlichen Druck auf die Freiheit ihrer Meinung zu entlasten und haben mit der Verantwortung die vollkommen selbständige Leitung der Presse zu übernehmen. Im „Gilden" zusammengeschlossen, deren Aufgaben Schumann besonders behandelt, bilden sie halb-autonome Körperschaften, die die Tätigkeit der einzelnen im Hinblick auf Redlichkeit und Sachlichkeit überwachen (etwa wie die Anwaltskammer), wie ja überhaupt solche „Truste" geradezu „Hoheitsrechte" erhalten müssen. Ist nun jede Redaktion selbständig und wirtschaftlich unabhängig, so erschien dadurch und allein dadurch die „Pressefreiheit" zum erstenmal in der Welt gesichert. Jede Redaktion arbeitet unter den ungefähr gleichen Bedingungen wie jede andre und gewinnt nur durch ihre höhere Befähigung oder durch ihre besonderen politischen Anschauungen mehr oder weniger Leser. Hierbei bleibt es selbstverständlich Parteien und politischen Körperschaften unbenommen, politisch geeinte Redakteure mit der Gründung oder Leitung bestimmter Blätter zu beauftragen — nur die **wirtschaftliche** Knebelung ist unmöglich, das freie Vertragsverhältnis bleibt davon unberührt. Für die Neugründung von Zeitungen sind besondere Versuchsmöglichkeiten zu schaffen; nur Blätter mit einem Abonnentenstand unter bestimmten Grenzen werden aufgelassen.

Die Einzelheiten des Schumannschen Vorschlags können hier nicht erörtert werden. Er gäbe die Möglichkeit zu großen Ersparnissen, vor allem an Papier, und ebenso zu staatlichen Einnahmen großen Umfangs — erstaunlich wäre ein Inseratenmonopol durch ihn überflüssig gemacht, da überflüssige Gewinne ohnehin dem Staat anheimfielen und die Gründung besonderer Inseraten-Blätter an sich dem Truft anverlegt werden könnte. Eine solche Selbstverwaltungs-Organisation unter staatlicher Aufsicht würde übrigens von selbst das Inseratenwesen wirtschaftlich vernünftig regeln, wie überhaupt der Schumannsche Vorschlag für jede rationelle Betriebsform weitesten Raum läßt. Die Entschädigung der bisherigen „Unternehmer" ist dabei auf die verschiedenste Weise möglich, die Lebensmittelaufsichtsräte, technischen und kaufmännischen Angestellten wäre durch die innere Verfassung des „Trusts" in jeder beliebigen Form zu regeln. Entscheidend sind die großen Zwecke: **Höchstmögliche Freiheit gepaart mit höchster Wirtschaftlichkeit.**

Es ist an der Zeit, daß endlich auf diesem Gebiet die erste und gründlichste Aussprache über alle innerlichen Vorschläge einsetzt. Hier ist vor allem eine [illegible] Aufgabe für die Sozialisierungs-Kommission. Wenn wir nicht den verbrecherischen Anschlägen der volksfeindlichen Mächte auch auf diesem Gebiete, und damit vollends unterliegen wollen, dann bedarf es endlich positiver Arbeit. Man unterschätze die Sache nicht! Um die Freiheit der Presse ist nicht darum ein Jahrhundert hindurch gekämpft worden, damit sie zuletzt von demagogischen Ausbeutern — gekauft werden kann. Die ungeheure Macht der Presse ist nicht darum in aller Munde, damit schließlich ein paar Kapitalgewaltige sie zu ihrem Monopol machen. Bis jedoch die öffentliche Macht in diesem Zustande wilder Volksverhetzung und -verblendung Ordnung schafft, gibt es für uns alle nur ein Mittel: Selbsthilfe. Haltet die Augen offen! Kein Abonnementpfennig darf in die Kassen „stinnektierter" Unternehmungen fließen, kein Inserat ihnen Gewinne zuwerfen, und lockten sie noch so verführerisch. Auch auf diesem Gebiet ist der Konsument eine **Macht**, noch immer. Noch immer haben wir, jeder einzelne, es in der Hand, durch Aufklärung der Oeffentlichkeit, durch Werben für die sozialistische und freiheitliche Presse und durch strenge Selbstzucht der reaktionären Papierüberflutung ein kräftiges Halt zu gebieten!

Trimborn auf der Ministersuche

Ueber die Versuche, die Trimborn zur Lösung der Krise macht, berichtet W. T. B. folgendes:

Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Löbe, in Verbindung und fragte sie, wie der Vorwärts berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die **Führung übernehme**. Nach der Verneinung wandte er sich einer **zweiten Kombination zur Fortführung der alten Koalition**, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate umfassen würde. Herr **Löbe** erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Herr **Müller** fügte hinzu, daß eine von so geringer Mehrheit getragene Regierung **nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen könne**. Darauf brachte **Trimborn** eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen Block der Mitte, der aus **Demokraten, Zentrum und Volkspartei** bestehen würde. Zwar könne derselbe nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf die **wohlwollende Neutralität** der Nachbarparteien, besonders der Sozialisten, rechnen. Die Sozialdemokratie, die doch auch die Herstellung einer regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse diese Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrechterhalten. Sie könne eventuell einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Herrn **Fehrenbach** zu suchen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals oder des **Alldeutschtums** würden in einem solchen **Kabinett nicht** enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten ihre Vertreter, wie der Vorwärts weiter berichtet, ihre Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern vertagen. Genosse **Müller** hat aber im voraus versichert, daß eine solche Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Taten beurteilt werden müßte, und jeder Versuch, die auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu betreiben, aufs schärfste bekämpft werden müßte. Der Vorwärts überschreibt seinen Bericht „Keine Aussicht auf Lösung" und sagt, auch der weiterliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu nehmen, werde kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

* * *

In dem Lager der Rechten scheint man immer ängstlicher zu werden. Während die Herren beim Wahlkampf auf stolzen Rossen saßen, haben sie den Mut vor der eignen Courage verloren. Bei den Wahlen versicherte man dem deutschen Volke, daß die Sozialdemokratie zum Regieren absolut unfähig sei, jetzt wird auf die Sozialdemokratie gescholten, weil sie nicht regieren will. Die Deutsche Tageszeitung versichert, die Deutschnationale Volkspartei wisse nicht nur, daß Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne, auch nicht mehr gegen die Arbeiter regieren wolle, weil es wisse, daß die Mitwirkung der Arbeiterschaft nötig sei, um die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Deutschnationale Volkspartei sei sogar bereit, ihre Ueberzeugung und ihre Herzenswünsche auf verfassungspolitischem Gebiet zurückzustellen, um dem Vaterland das nackte Leben zu retten. Die Deutschnationalen wollen also vorläufig **großmütig auf alle ihre Bestrebungen** verzichten, dem **deutschen Volke wieder einen Landesvater** zu bescheren, wenn sie **damit** erreichen können, daß die Sozialdemokratie weiter mit regiert.

Das Opfer, das hier die Deutschnationalen bringen, darf man freilich nicht so hoch bewerten, denn die Herren wissen, daß die Trauben zu sauer sind. Die Deutsche Allg. Zeitung, die ja jetzt Herrn Stinnes gehört, meint, daß eine bürgerliche Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie nach dem Scheitern der Kabinettsbildung durch Dr. Heinze nicht in Frage kommt, und meint weiter, daß die alte Koalition die Regierung wieder übernehmen müsse. Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts soll sich die Deutsche Volkspartei zur Beteiligung an einer rein bürgerlichen Regierung, und zwar auch einer Minderheitsregierung, bereit erklärt haben. Als Bedingung stellt die Deutsche Volkspartei angeblich die Berufung von Fachministern, und vor allen Dingen die Berufung eines Diplomaten auf den Posten eines **Außenministers**. Dieses Verlangen, daß durchaus ein aus der **ordnungsgemäßen Karriere** hervorgegangener Diplomat Außenminister werden müsse, berührt geradezu komisch. Ist die Meldung wahr, sie würde zeigen, daß die Deutsche Volkspartei eine **direkt kindische Steckenpferdreiterei** betreibt. Das deutsche Volk hat doch mit seinen Berufsdiplomaten wirklich keine übermäßig günstigen Erfahrungen gemacht. Die Leitung unsrer auswärtigen Politik durch Leute, die die diplomatische Karriere regelrecht durchgemacht haben, hat nicht verhindern können, daß Deutschland eine **blödsinnige auswärtige Politik** getrieben hat, während andre Staaten, die die Leitung ihrer auswärtigen Angelegenheiten erfahrenen Politikern anvertrauten, auch wenn diese keine Berufsdiplomaten waren, damit zum Teil sehr günstige Erfahrungen gemacht haben.

Erfreulich ist es, daß sich auch bei den **Unabhängigen Stimmen der Vernunft** regen. Der bekannte Journalist Karl Schneid, der der Unabhängigen Partei angehört, muß zugeben, daß die Arbeiter durchaus mit der Haltung der Freiheit nicht durchweg einverstanden sind. Man habe sich vor der Wahl mehr versprochen als eine Politik der **parlamentarischen Enthaltung und Passivität**. Das Verständnis für eine Politik der Enthaltung sei bei den durch theoretische Klügelei nicht verbildeten und durch Phrasenschwulst nicht zu betörenden einfachen Menschen nicht sonderlich groß. Schneid spricht von einer Diktatur des Fäusteklängels, die die Diktatur des Proletariats ersetzen will. Auch das Hamburger unabhängige Organ wendet sich entschieden gegen die **Abstinenzpolitik der Parteileitung**. Hoffentlich gewinnen derartige Anschauungen in den Reihen der unabhängigen Partei immer mehr Anhänger, damit eine fruchtbare positive Politik getrieben werden kann.

Neueste Telegramme

Die Lage in Albanien

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. Juni. Die V. Z. meldet aus **Rom**: Nach amtlichen Berichten hat sich die Lage in Albanien in den letzten 24 Stunden verbessert, nachdem genügend Verstärkungen eingetroffen sind. In dem heutigen Kriegsrat wurden die notwendigen Maßnahmen besprochen. An der Beratung nahm auch der Vertreter des Außenministeriums teil. Die Aufrührer scheinen nicht abgeneigt zu sein, in Verhandlungen zu treten. Die Epoca verzeichnet bisher 20 Tote und 50 Verwundete.

Der Lohnabzug bei Hausangestellten

Berlin, 15. Juni. Wie wir erfahren, wird noch heute durch das Amtliche Telegraphenbüro eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums verbreitet werden, wonach der Lohnabzug bei Bankangestellten nur vom baren Geld, nicht aber von den Naturalleistungen gemacht wird. Dafür werden aber vom baren Gelde nicht nur 10 Proz. wie das sonst üblich ist, sondern 20 Proz. abgezogen.

Der Funkdienst mit Moskau

Berlin, 15. Juni. Wie B. T. B. meldet aus **Rom**: Die Agenzia Stefani teilt zu den Blättermeldungen aus Rußland mit, daß die [illegible] funktionieren [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200615/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG